

# Krankenhaus Groß-Sand: Schwere Vorwürfe wegen Schließung

„Prekäre Versorgungslage für Patienten.“ Ärzte werfen dem Erzbistum Irreführung der Öffentlichkeit vor – und kritisieren Klinik-Pläne des Senats

**Wilhelmsburg.** Der Protest gegen die Schließung des Krankenhauses Groß-Sand in Wilhelmsburg wird lauter und von neuen Vorwürfen begleitet. Nach warnenden Stimmen von Ärzten und Pflegekräften der Klinik, die vom katholischen Erzbistum Hamburg betrieben wird, und Petitionen im Internet geht der Verein Wilhelmsburger Ärzteschaft den aktuellen Träger an.

In einer Stellungnahme heißt es, die Sicherheit der Patienten sei gefährdet: „Die medizinische Versorgung der Elbinsel darf kein Luxusgut werden, das den wirtschaftlichen Interessen Einzelner geopfert wird.“ Die Stadt Hamburg müsse das Krankenhaus Groß-Sand übernehmen. Doch der Senat hat angekündigt, nur das Grundstück und die Immobilien kaufen zu wollen, um es neuen Betreibern anzubieten,

die dort eine Stadtteilklinik errichten sollen. Zum Juli schließen bereits Notaufnahme und Chirurgie. Im nächsten Jahr verlegt das Erzbistum die Früh-Reha (nach Schlaganfällen) und die Geriatrie an das Marienkrankenhaus.

Die Praxisärzte in Wilhelmsburg warnen: „Die ambulante ärztliche Versorgung in Wilhelmsburg ist geprägt von hoher Arbeitsbelastung, sozialer Vielfalt und einer überdurchschnittlich kranken Bevölkerung. Der Wegfall der stationären und akutärztlichen Versorgung durch ein Krankenhaus wird die prekäre Versorgungslage des Stadtteils mit rund 60.000 Menschen weiter verschärfen.“ Für Arbeitsunfälle sei Groß-Sand die einzige Anlaufstelle. Die niedergelassenen Ärzte könnten die entstehende Lücke nicht füllen.

Die Ärzte mokieren zudem, dass die Öffentlichkeit lange im Dunklen darüber gelassen worden sei, wie es um Groß-Sand stehe. Die heruntergewirtschaftete Infrastruktur des Krankenhauses sei beklagenswert. „Schaut man sich die letzten Jahre an, müssen wir davon ausgehen, dass der aktuelle Zustand des Krankenhauses bewusst herbeigeführt wurde, um eine Schließung zu rechtfertigen.“



**Das Krankenhaus Groß-Sand schließt endgültig 2026.**

T. AHLF

Dafür gibt es tatsächlich Anzeichen. Nach Abendblatt-Informationen hat die Sozialbehörde lange eine Millionensumme für Groß-Sand zurückgehalten, weil sich das Erzbistum, das Groß-Sand im Paket mit Marienkrankenhaus und Kinderkrankenhaus Wilhelmstift verkaufen wollte, über Jahre nicht zu einer Weiterentwicklung durchringen konnte. Das Bistum selbst sprach von „schmerzhaften Entscheidungen“, die notwendig seien, weil „die dauerhaft hohen Defizite eine Neuausrichtung erfordern“.

Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) sagte beim Krankenhaus-Tag: „Groß-Sand geht es seit Jahren wirtschaftlich nicht gut. Der Verkaufsprozess ist gescheitert.“ Allerdings machte sie auf einen Punkt aufmerksam, der zumindest die Wilhelmsburger nachdenklich

stimmen dürfte. „Ohne eine Krankenhausreform wäre dieser Standort nicht zu halten gewesen. Das Gute ist jetzt, dass wir mit der Reform Instrumente an die Hand bekommen, diese Instrumente wollen wir nutzen.“ Damit meinte sie den Umbau einer wirtschaftlich nicht tragfähigen, dem Komplett-Aus geweihten Klinik zu einem Mini-Spital mit Notfallversorgung, so wie sich der Senat das vorstellt. Dafür gibt es finanzielle Mittel aus dem Transformationsfonds des Bundes, der die Krankenhausreform abfedern soll. Schlotzhauer sagte, in der „Lenkungsgruppe“ saßen ihre Behörde, die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenhausgesellschaft. Sie könnten mit dem Stadtteil Ideen für Groß-Sand entwickeln. Schlotzhauer, die sich in der kommenden Woche in Wilhelms-

burg zum Gespräch stellen will, sagte: „Für mich steht die Notfallversorgung mit ambulantem Schwerpunkt im Fokus und kleinere Bedarfe für Innere Medizin und Chirurgie.“ Der Linken-Gesundheitspolitiker Deniz Celik sagte: „Wir hatten gefordert, dass das UKE einspringt. Jetzt haben wir die klare Erwartung, dass die Beschäftigten eine Beschäftigungsgarantie bekommen und dass die Bevölkerung an dem Prozess partizipieren kann.“

In Groß-Sand gibt es rund 200 Betten und 600 Mitarbeiter. Nicht alle können den Teilumzug ins Marienkrankenhaus mitmachen. Allerdings kann sich offenbar das Erzbistum vorstellen, etwa mit dem Marienkrankenhaus die künftige Stadtteilklinik zu betreiben. Doch die Betreiberschaft wird offen ausgeschrieben. *ryb*